

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger,
Bundesministerin Elisabeth Köstinger**

und

**Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich Josef
Moosbrugger**

am 04. Juni 2020

zum Thema

Konferenz der Landesagrarreferenten unter oberösterreichischem Vorsitz

- **Vorrang für regionalen Lebensmitteleinkauf – Fokus auf öffentliche Beschaffung**
- **EU-Green Deal, Farm to Fork und Biodiversitätsstrategie – Österreichische Landwirtschaft auf gutem Weg**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Oberösterreich hatte im letzten halben Jahr den Vorsitz der Landesagrarreferenten-Konferenz inne, in der sich die für Landwirtschaft zuständigen Referenten aller Bundesländer regelmäßig abstimmen. Die Aufmerksamkeit des Gremiums galt in dieser Zeit neben der Bewältigung der Corona-Krise besonders dem Thema regionale Lebensmittel. In der heutigen Sitzung werden konkrete Maßnahmen wie die bessere Kennzeichnung der Lebensmittelherkunft, die verstärkte öffentliche Beschaffung von regionalen Lebensmitteln und die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik diskutiert.

Regionale Lebensmittel – Genuss, Sicherheit und Wertschöpfung

Regionale Lebensmittel stehen für beste Qualität und höchsten Genuss. In der Corona-Krise wurde offensichtlich, dass eine funktionierende Lebensmittelproduktion auch entscheidend zur nationalen Sicherheit beiträgt. Besonders in den ländlichen Regionen ist die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Sektoren ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Investitionen in diesem Bereich stärken Oberösterreich wie Österreich gesamt. Schlussendlich weisen regionale Lebensmittel in Österreich aufgrund der naturverträglichen Herstellung und der kurzen Transportdistanzen eine sehr positive Ökobilanz auf. Der verstärkte Absatz regionaler Lebensmittel wirkt sich somit mehrfach positiv aus.

„Den oberösterreichischen Vorsitz in der Konferenz der Landesagrarreferenten habe ich von Beginn an unter das Generalthema heimische Lebensmittel gestellt. Die Ausnahmesituation Corona-Krise führte zu einer zusätzlichen Anerkennung der Leistungen der Landwirtschaft und der hohen

Bedeutung der regionalen Lebensmittel-Versorgung. Dieses Bewusstsein möchten wir nutzen, um bei gesetzlichen Anpassungen und Maßnahmen im öffentlichen Einkauf voranzukommen. Denn die Appelle in Krisenzeiten sind zwar wichtig und erfreulich, genauso müssen wir aber auch in normalen Zeiten ein klares Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft erreichen“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger: *„Als Landwirtschaftsreferenten der Bundesländer unterstützen wir die Bundesregierung in ihrem Bemühen um mehr Regionalität in der öffentlichen Beschaffung mit voller Kraft.“*

Landesagrarreferenten verstärken Bemühungen um regionale Lebensmittel in der öffentlichen Beschaffung

Welche Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen gekauft und verkocht werden, hat eine wichtige Nachfrage- und Vorbildwirkung. Die Agrarreferenten der Länder sehen eine große Chance für die heimische Landwirtschaft darin, die öffentliche Lebensmittelbeschaffung stärker auf regionale und bäuerliche Lieferanten zu konzentrieren.

„Als öffentlicher Sektor möchte wir unserer Vorbildwirkung nachkommen und alle Möglichkeiten für mehr heimische Lebensmittel ausschöpfen“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Bei der heutigen Konferenz der Landesagrarreferenten werden daher folgende Maßnahmen präsentiert:

- Stärkerer Fokus auf kleine und regionale Lieferanten in der öffentlichen Beschaffung durch kleinere Vergabelose und angepasste Vergaberichtlinien.
- Erarbeitung eines österreichweiten Aktionsplans „Österreich isst regional“ zur Beschaffung heimischer Lebensmittel samt Kriterien

für Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen in Abstimmung zwischen Bund und Ländern.

- Gemeinsames Projekt der Bundesbeschaffungsagentur als wichtiger Baustein. Ziel ist eine 100 Prozent regionale und saisonale Beschaffung in Verbindung mit einer Bio-Quote von 30 Prozent bis 2025 und 55 Prozent bis 2030 - verankert im Regierungsprogramm. Maßnahmen sind die Adressierung neuer Bieter/Lieferanten, regionale Ausschreibungen, Bedarfsmanagement & Menüplanung mit den Kunden, Workshops & Analysen bei den Küchenleitern, Herkunftskennzeichnungen in Gemeinschaftsverpflegung und digitale Einkaufsportale.

„Das aktuell gestärkte Bewusstsein für den mehrfachen Nutzen regionaler Lebensmittel möchte wir aktiv nutzen. Wir sind zu Recht stolz auf die Qualität unserer heimischen Lebensmittel, das soll auch der öffentliche Einkauf widerspiegeln. Für den Erhalt unserer bäuerlichen Strukturen und regional verankerter Lebensmittelproduzenten ist das eine entscheidende Zukunftsfrage“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Regionale Lebensmittel in den oberösterreichischen Landesküchen

Die Stärkung des regionalen Lebensmitteleinkaufes hat ein zentrales Erfolgsgeheimnis – ein gut ausgebildetes und motiviertes Küchenteam. *„Die heimischen Lebensmittel müssen zum Genuss am Teller werden. Dazu braucht es MitarbeiterInnen, die sich einbringen und etwas bewegen wollen und dafür auch wertgeschätzt werden“,* so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Das Projekt RegioLem (Regionale Lebensmittel) steigert seit 2018 den Anteil an regional eingekauften Lebensmitteln in der größten Küche

des Landes OÖ, dem Landesdienstleistungszentrum (LDZ) am Hauptbahnhof Linz. 2021 soll ein Anteil von 60 Prozent erreicht werden. Aber nicht nur der Einkauf an sich, sondern auch die Bewusstseinsbildung bei den Gästen steht im Fokus.

„Der erfolgreiche Pilotversuch im LDZ wird Ende Juni auf weitere 15 Dienststellen ausgeweitet. Wir haben aber in ganz Oberösterreich ein dichtes Netz an direktvermarktenden Bauernhöfen und gewerblichen Lebensmittelproduzenten, die gerne auch an öffentliche Einrichtungen liefern. Das gilt es zu nutzen, zum Wohle der Kantinengäste, der Landwirtschaft als auch der gesamten regionalen Wertschöpfung“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Die Erkenntnisse aus dem Projekt RegioLem ebenso wie die österreichweiten Anstrengungen im Bereich regionaler Beschaffung sollen in weiterer Folge auch für die Landesholding zugänglich gemacht werden.

Regionale Beschaffung als klares Bekenntnis zu regionalen Lebensmittel

Regionale Lebensmittelbeschaffung wird ein wesentlicher Baustein zur Sicherung der heimischen Lebensmittelproduktion sein. Beim Regionalitätsgipfel im Bundeskanzleramt wurde die öffentliche, regionale Lebensmittelbeschaffung als ein großes Projekt definiert. *„Gemeinsam mit den Ländern und der Bundesbeschaffungsgesellschaft werden wir die regionale, öffentliche Lebensmittelbeschaffung aktiv vorantreiben. Wir müssen österreichischen Lebensmitteln den Vorrang geben. Klar ist – wir werden im Bund und in den Ländern als positives Beispiel vorangehen“,* erklärt Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger.

Forstwirtschaft als wichtiger Wirtschaftsmotor

Die Folgen des Klimawandels trifft die Forstwirtschaft vor allem in Ober- und Niederösterreich mit voller Härte. Durch die enorme Trockenheit und wochenlang fehlenden Niederschläge sind unsere Wälder in ernster Gefahr und der Borkenkäfer entwaldet ganze Regionen. Rund 62 Prozent der gesamten österreichischen Holzernte sind 2019 auf Schadholz zurückzuführen. Mit einer ähnlich dramatischen Situation ist 2020 zu rechnen. Rasche Aufarbeitung von befallenen Bäumen und schneller Abtransport sind entscheidend, um die weitere Ausbreitung des Borkenkäfers einzudämmen. Rasche Wiederaufforstung ist das Gebot der Stunde und daher wurden in den vergangenen zwei Jahren rund 40 Millionen Euro an Förderungen in die Wiederaufforstung und Nasslager investiert. *„Die Trockenheit und der Borkenkäfer sind eine tödliche Mischung. Dieser Schädling entwaldet gerade ganze Regionen in Niederösterreich und Oberösterreich. Die Zusagen der Industrie, 200.000 Festmeter Schadholz bis Ende Mai abzunehmen, war eine wichtige Sofortmaßnahme. Zusätzlich stellen wir nun vier Millionen Euro für die Wiederaufforstung zur Verfügung. Wir werden weiterhin, seitens der Bundesregierung, unseren Waldbauern zur Seite stehen“*, so Bundesministerin Elisabeth Köstinger.

Farm to Fork darf Mercosur nicht Tür und Tor öffnen

Vergangene Woche wurde die Farm to Fork („Vom Hof auf den Tisch“) Strategie der Europäischen Kommission präsentiert. Diese Präsentation unterstreicht einmal mehr die Vorreiterrolle der österreichischen Agrarpolitik in ganz Europa. In der Strategie werden unter anderem Ziele zur Reduktion des Einsatzes von

Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent, Düngemitteln um 20 Prozent und die generelle Reduktion der landwirtschaftlichen Nutzfläche genannt. Gleichzeitig soll aber die Ernährungssicherheit gewährleistet bleiben. *„Die Reduktion der Betriebsmittel und der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind massive Einschnitte in die europäische Lebensmittelproduktion. Die Krise hat gezeigt, wie wichtig die Eigenversorgung mit Lebensmitteln und die Ernährungssicherheit sind. Ich fordere daher von der EU Kommission die Garantie für eine gesicherte europäische Lebensmittelproduktion und eine ehrliche Wirkungsfolgenabschätzung der Farm to Fork Strategie für die Landwirtschaft ein. Es kann nicht sein, dass wir in Europa durch diese Strategie weniger Lebensmittel selbst produzieren können und wir dadurch importabhängiger von Übersee werden. Damit würden wir Mercosur die Hintertür öffnen“*, warnt Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger.

Österreichpakt auf mehreren Säulen

Die Bäuerinnen und Bauern werden heuer ganz besonders gefordert: Ein extrem trockenes Frühjahr und das Wachstum von Schädlingen wirkte sich negativ auf Ackerbau und Wald aus. Dann kam die Corona-Krise und mit Gastronomie und Tourismus brachen bedeutende Absatzmärkte von einem auf den anderen Tag weg. Erfreulich ist die deutliche Hinwendung der Konsumenten zu regionalen Angeboten, Bundesregierung und Sozialpartner bekennen sich zu regionalem Einkauf. Ein Österreich-Pakt, der alle Beteiligten der Lebensmittelkette umfasst, soll die Regionalität und mit ihr Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Landwirtschaft sichern und stärken.

„Der Pakt umfasst mehrere Säulen. So soll die öffentliche Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen und zu

österreichischen Lebensmitteln greifen. Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der Primärzutaten in Verarbeitungsprodukten und in der Gemeinschaftsverpflegung, die ja auch im Regierungsprogramm verankert ist, muss ein gemeinsames Anliegen sein und ist zügig umzusetzen. Weiter braucht es steuerliche Vorteile für Produkte aus der Region. Unverzichtbar ist aber vor allem ein klares Bekenntnis der Branchenteilnehmer Lebensmittelhandel, Großhandel und Gastronomie für regionale Produkte und ein Nein zu Schleuderaktionen mit billigen Lebensmitteln“, so Moosbrugger weiter: „Mehr Regionalität hilft uns, rascher aus der Corona-Krise zu kommen.“

Europäische Union muss Landwirten Sicherheit geben

„Vor wenigen Tagen hat die Europäische Kommission die Farm to Fork- und die Biodiversitätsstrategie präsentiert. Die Eigenversorgung der EU, vor allem im Eiweißbereich, zu stärken und die Nachhaltigkeit weiter auszubauen, sind als Ziele zu begrüßen. Die Vorschläge zur Umsetzung konterkarieren diese Ziele jedoch: Eine Reduktion der Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel von 20 Prozent bzw. 50 Prozent und eine Herausnahme von 10 Prozent der Fläche aus der Produktion erscheint unrealistisch. Ein verpflichtender Bio-Anteil von 25 Prozent in der EU würde den Markt und damit die Preise für unsere Bauern massiv unter Druck bringen. Wir sprechen uns dafür aus, die Bioproduktion an die Marktentwicklung anzupassen, um den Biobauern auch langfristig Sicherheit zu geben. Schon heute produziert die EU ihre Lebensmittel nach weltweit höchsten Standards. Weniger Lebensmittel aus der EU bedeutet mehr Importe aus Regenwaldgebieten mit sehr niedrigen Produktionsstandards. Im

Gegenteil, für solche Produkte müssen beim Import EU-Standards gelten“, so Moosbrugger deutlich.

Zwei Jahre Übergangszeit

Wegen Verzögerungen in den Verhandlungen zum EU-Budget sowie zu den GAP-Vorschlägen für die Periode 2021 bis 2027 werden die nationalen GAP-Strategiepläne nicht mit Beginn des Jahres 2021 umsetzbar sein. Um jedoch Rechts- und Planungssicherheit für die europäischen Landwirtinnen und Landwirte zu gewährleisten, hat die EU-Kommission bereits im November 2019 Verordnungen zur Regelung des Übergangsjahres 2021 vorgelegt. Es zeichnet sich jedoch immer mehr ab, dass 2022 mit einem zweiten Übergangsjahr zu rechnen ist.

„Im Sinne der Rechtssicherheit für die Landwirtschaft erwarten wir eine stabile Ausfinanzierung der Programme in den Übergangsjahren und darüber hinaus für die gesamte Periode. Nur dann können auch die gewohnten Leistungen und Programme der Bauernfamilien weitergeführt werden. Eine finanzielle Lücke oder Einbußen sind gerade in der Landwirtschaft nicht verkraftbar“, so Moosbrugger abschließend.